

„Das darf sich die GPA abschminken“

Der Generalsekretär der Industriellenvereinigung (IV), Lorenz Fritz, über eine Änderung des Arbeitsgesetzes und den fehlenden Reformeifer von Bundesregierung und Gewerkschaft.

profil: In Deutschland wird nach Jahren des Reformstaus nun das Sozialsystem umgekrempelt. Die Industrie scheint sich mit ihren Forderungen gegen die Gewerkschaften durchzusetzen. Blicken Sie mittlerweile neidvoll zum großen Nachbarn?

Fritz: Nein, denn wir sehen den Erfolg dieser Maßnahmen nicht. Deutschland macht nun, was wir mit der AMS-Reform schon umgesetzt haben. Und Hartz III und IV kommen erst 2005. Da könnte die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe interessant sein.

profil: Martin Bartenstein ist mit seiner vergleichbaren Idee einer Fusion von Notstandshilfe und Sozialhilfe gescheitert. Würden Sie eine Übernahme der deutschen Regelung begrüßen?

Fritz: Man müsste es weniger bürokratisch machen. Aber da das Ländersache ist, scheitert man rasch am Föderalismus.

profil: In Deutschland wird eine Erhöhung der Arbeitszeit diskutiert, IV-Präsident Veit Sorger ist mit demselben Wunsch in Österreich auf Ablehnung gestoßen. Bleibt die IV bei ihrer Forderung?

Fritz: Ja, denn wir müssen die Betriebe im Land halten. Das zweite Thema ist: Warum reagieren wir nur und – das ist mein Vorwurf an die Gewerkschaften – agieren nicht? Die Deutschen haben lange geglaubt, es kann nichts passieren. Aber was dort geschieht, ist auch hier möglich. Erst wenn einem Betrieb das Wasser bis an die Nase geht, sind die Gewerkschaften bereit, etwas zu tun. Dann ist es aber zu spät.

„Die Deutschen haben geglaubt, es kann nichts passieren. Was dort geschieht, ist auch hier möglich“

profil: Die Regierung will immerhin die EU-Arbeitszeitrichtlinie umsetzen und so die Normalarbeitszeit erhöhen. Überstunden kämen der Industrie billiger, die Löhne würden sinken.

Fritz: Die Umsetzung der Richtlinie ist das Mindeste, was die Regierung tun kann. Andererseits verstehe ich, wenn sie dann sagt: Ansonsten haben wir keinen Handlungsbedarf, das müssen sich die Sozialpartner untereinander ausmachen.

profil: Sozialforscher Bernd Marin fordert statt einer Arbeitszeitverlängerung nun eine 4-Tage-Woche.

Fritz: Marin meint damit keine Arbeitszeitverkürzung, sondern eine sehr langfristige Flexibilisierung. Dagegen habe ich nichts einzuwenden.

profil: Führen Sie in der Frage der Flexibilisierung Gespräche mit dem ÖGB?

Fritz: Präsident Sorger hat persönliche Gespräche geführt – und wir gehen davon aus, dass zumindest ein Teil der Flexibilisierung in die Lohnverhandlungen im Herbst einfließt. Das bedeutet wahrscheinlich auch Änderungen des Arbeitszeitgesetzes.

profil: Ist auch die Arbeitszeitverlängerung Thema?

Fritz: Da legt die Gewerkschaft der Privatgestellten die Ohren um. Die schwimmt noch auf der Arbeitszeitverkürzungswelle. Das darf sie sich jetzt abschminken. Aber man kann von der GPA nicht erwarten, dass sie den Weg der letzten zwanzig Jahre für falsch erklärt. Immerhin setzt sich allmählich die Einsicht durch, dass man in Sachen Flexibilisierung etwas tun muss. Ich gehe nicht davon aus, dass die Arbeitszeit im Herbst erhöht wird. Aber es muss zumindest möglich sein, das Arbeitszeitgesetz zu ändern.

profil: Sie haben sich gegen höhere Krankenkassenbeiträge ausgesprochen. Dabei sind diese im internationalen Vergleich relativ niedrig.

Fritz: Wir denken nach, wie wir den Standort halten können – vor allem für lohnkostenintensive Betriebe. Daher möchten wir an einem kleinen Rädchen wie der Arbeitszeitverlängerung dre-

hen. Die Ärztekammer will ja die Kassenbeiträge munter erhöhen. Das kann nicht die Lösung sein. Damit würden wir das Arbeitslosenproblem verschärfen.

profil: In Deutschland schlägt die Opposition vor, Kassenbeiträge und Lohnnebenkosten zu entkoppeln. Ein Vorbild für Österreich?

Fritz: Wenn bessere Modelle auftauchen, ist die IV gern bereit, diese zu diskutieren. À la longue werden wir um Beitragserhöhungen nicht herumkommen. Aber dann dürfen es keine Belastungen des Faktors Arbeit sein. Kurzfristig sehe ich so viel Einsparungspotenzial, dass ich die Ärzte nicht verstehe: Sie schreien nach Erhöhungen, ohne eine Reform abzuwarten.

profil: Bei der geplanten Pensionsharmonisierung streitet die Regierung um die Schwerarbeiterregelung. Haben Sie für die Forderungen der Arbeitnehmer Verständnis?

Fritz: Ich verstehe alle, die diese Hacklerregelung fordern, überhaupt nicht. Diese Reform kostet durch das Nachgeben am runden Tisch mehr, als wir uns vorgestellt haben. Sie soll ja etwas bringen. Schlüssel hätte auch sagen können: Wenn ihr nicht zustimmt, mache ich meine Zugeständnisse rückgängig. Er hat sie aufrechterhalten. Und dann meint ein Herr Landeshauptmann aus Kärnten, für ihn gelte das nicht, und alle in der FPÖ fallen um. Da muss sich die FPÖ die Frage stellen, ob sie weiter regieren will.

IV-Generalsekretär
Lorenz Fritz
„Es muss zumindest
möglich sein, das Arbeits-
zeitgesetz zu ändern“

